

## Georg Kovarik

Leiter des Referats Volkswirtschaft  
Österreichischer Gewerkschaftsbund



## Langfristiger Gewinn an Stabilität

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hat Europa vor allem in Zeiten von Finanzkrisen einen langfristigen Gewinn an wirtschaftlicher Stabilität gebracht. Denn bevor die Europäische WWU beschlossen wurde, zogen internationale Finanzkrisen oft unterschiedliche Anpassungen – vielfach Abwertungen – in einzelnen europäischen Ländern – mit der Folge von wirtschaftlichen Störungen nach sich.

Erinnern wir uns nur an 1992/93: Im Zuge einer Weltwirtschaftskrise brach auch die europäische Konjunktur ein. Eine Reihe österreichischer Industriebranchen war durch Währungsabwertungen – sowohl in wichtigen Abnehmerländern als auch in denjenigen Ländern, in denen die Konkurrenzprodukte hergestellt wurden – in zum Teil existenzielle Schwierigkeiten gebracht worden.

Beispielsweise kam die stark exportorientierte österreichische Papierindustrie, mit einem Personalkostenanteil am Umsatz von damals rund 15 % in sehr große Schwierigkeiten. Italien wertete seine damalige Lira gegenüber dem Schilling innerhalb eines Jahres um mehr als 16 % ab. Aber die skandinavischen Länder – damals sagte man „unsere Konkurrenten“ in Italien – werteten zum Schilling um mehr als 20 % ab. Selbst wenn die österreichische Papierindustrie damals alle Arbeitnehmer gekündigt hätte, wäre der Abwertungseffekt nicht auszugleichen gewesen.

Heute ist es den Mitgliedsländern nicht mehr möglich, im Wege monetärer Abwertungen die eigenen Anpassungsprobleme auf die Schultern anderer zu überwälzen bzw. auf diese Weise Wettbewerbsvorteile zulasten stabiler Währungen zu gewinnen. Aus der Sicht eines kleinen, stark exportorientierten Landes ist dieser Gewinn an Stabilität als positiv zu bewerten.

Allerdings muss man Stabilität aber auch nicht übertreiben! In der Währungsunion erreicht eine angemessene Zinspolitik größere Wirkungen als in kleinen Wirtschaftsräumen. Dieses Potenzial wurde in der Wirtschafts- und Währungsunion bislang jedoch nicht ausgenützt. Vielmehr stellt man fest, dass die Europäische Zentralbank bisher stets eine einseitige Orientierung an der Preisstabilität verfolgte – man könnte sogar sagen, fallweise war dies eine restriktive Politik zur Unzeit.

Von gewerkschaftlicher Seite musste vor einem solchen Hintergrund trotz aller Unterstützung der Europäischen Integration immer wieder aufgezeigt werden, dass damit insbesondere der Schaffung wie der Absicherung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums, von mehr Beschäftigung, der Senkung der Arbeitslosigkeit – bzw. allgemeiner der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung – nicht gedient ist.

Ähnlich verhält es sich beim EU-Stabilitätspakt, dem fallweise vorgeworfen wird, „Europa zu Tode zu sparen“. Er soll durch eine Politik ersetzt werden, die ein ausreichendes Wirtschaftswachstum zulässt und auf Investitionssteigerung und Beschäftigungserhöhung hinzielt. Dabei liegt eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene, in die sich auch die Europäische Zentralbank einfügt im gesamteuropäischen Interesse, anstatt dass sie lediglich ihre Beschlüsse mitteilt, die sie in weiterer Folge von den wirtschaftspolitischen Akteuren umgesetzt wissen will.

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Schweden, ist laut OECD der fiskalische Beitrag des Euroraums in der letzten großen weltwirtschaftlichen Krise recht bescheiden:

Österreich weist als einziges Land im Konjunkturabschwung einen nega-

Tabelle 1

**Nettobudgetdefizit in Krisenzeiten**

	2000	2004	Fiskaler Beitrag
	<i>in % BIP</i>		
Euroraum	-1,8	-2,1	0,3
U.S.A.	1,3	-4,2	5,5
Vereinigtes Königreich	1,0	-3,4	4,4
Schweden	3,6	0,6	3,0
Österreich	-1,7	-1,4	-0,3

Quelle: OECD.

tiven, selbst herbeigeführten (fiskalischen) Stimulus aus.

Fehler wie beim Konjunkturerinbruch 2001 sollen künftig vermieden werden. Denn damals hat die restriktive Auslegung des Stabilitätspakts den Ausschlag gegeben, warum dem offensichtlich bevorstehenden Konjunkturabschwung nicht gegengesteuert wurde.

Oft genug haben die Gewerkschaften von Seiten der EZB in den letzten Jahren vorgehalten bekommen, dass die Löhne nicht flexibel genug seien bzw. dass in diesem Bereich quasi permanent Inflationsgefahr schlummere.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften war stets produktivitätsorientiert, die in der Praxis vollzogene Lohnpolitik war moderat und hat mit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Das ist festzustellen an der markanten Senkung der Lohnstückkosten.

Aber die Kehrseite der Medaille ist die schwache Entwicklung der Binnennachfrage. Die Binnennachfrage kann und soll gestärkt werden, indem den Arbeitnehmern die mittlerweile beträchtlich aufgehäuften „kalte Progression“ im Wege einer Lohnsteuersenkung wieder abgegolten wird.